

Hochschulbaugesellschaft – Zukunftsfähige, nachhaltige und klimafreundliche Infrastruktur für Berliner Lehre und Forschung sichern

Die bauliche Situation an den Berliner Hochschulen ist vielerorts kritisch. Sanierungsstau, steigende Baukosten und begrenzte öffentliche Haushaltsmittel erschweren dringend notwendige Investitionen in Gebäude, Labore, Lern- und Lehrflächen an den elf staatlichen Berliner Hochschulen.

Eine Hochschulbaugesellschaft kann ein sinnvolles Instrument zur Beschleunigung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen sein. Wenn sie hilft, Finanzmittel in den Hochschulbau zu lenken, die auf anderen Wegen aktuell nicht zu mobilisieren sind, dann stehen wir einer Hochschulbaugesellschaft offen gegenüber. Voraussetzung ist, dass sie die Handlungsfähigkeit der Hochschulen stärkt, ihre Autonomie wahrt, mehr Planungssicherheit schafft und zusätzliche Investitionen ermöglicht.

Zentrale Anforderungen an eine zukunftsfähige, nachhaltige und klimafreundliche Lösung

- 1. Verbindliche Mitbestimmung der Hochschulen** in Planung, Priorisierung und Nutzung von Bauprojekten
Eine klare und transparente Governance-Struktur ist notwendig, um die wissenschaftsadäquaten Entscheidungsprozesse sicherzustellen. Steuernde Eingriffe von außen in Entscheidungsrechte der Hochschulen über Gebäude und Flächen können die Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit einschränken. Denn der Flächen- und Ausstattungsbedarf muss sich nach den Anforderungen der Wissenschaft und der Hochschullehre richten und dabei wissenschaftliche Erkenntnisse zur zukunftsfähigen Ausgestaltung von Lehr-, Lern- und Forschungsstätten berücksichtigen können.
- 2. Zusätzliche Finanzierung durch das Land Berlin**, ohne Belastung der Grundmittel der Hochschulen
Bau- und Sanierungsinvestitionen sind staatliche Aufgaben und dürfen nicht zu Lasten der Grundmittel der Hochschulen gehen. Denn wenn zusätzliche Miet- und Finanzierungskosten aus bestehenden Hochschulbudgets getragen würden, entstünde ein struktureller Zielkonflikt zwischen Infrastruktur und Forschung und Lehre. Konkret: Wenn die Hochschulen künftig Mieten an die Hochschulbaugesellschaft zahlen sollen, dann hat das Land ihnen die nötigen jährlichen Mittel zusätzlich bereitzustellen.
- 3. Klare Regelungen für Personal und Tarifbindung** zur Sicherung von Beschäftigung und Expertise
Fragen zu Tarifbindung, Beschäftigungssicherheit und der organisatorischen Zuordnung der Beschäftigten der Hochschulen in eine solche Hochschulbaugesellschaft müssen angemessen beantwortet werden. Dabei dürfen weder die Hochschulautonomie noch die Handlungsfähigkeit der Hochschulen, weder Mitbestimmungs- oder andere Beschäftigtenrechte noch die Tarifbindung aller Beteiligten (inkl. Subunternehmen) beeinträchtigt werden.

4. **Schutz studentischer und wissenschaftlicher Freiräume** als Bestandteil moderner Hochschulen

Die Hochschulen sind soziale Räume. Effizienz- und Flächendruck können dazu führen, dass vor allem studentische Räume reduziert werden. Lern- und Begegnungsräume sind jedoch zentral für Studien- und Forschungsqualität sowie für die Etablierung und Förderung eines studentischen demokratischen Engagements – auch über die Hochschulen hinaus.

5. **Planungssicherheit und verlässliche Investitionspfade** für langfristige Infrastrukturentwicklung

Berlin ist Wissenschaftsmetropole von Weltrang. Doch der derzeit vielfach miserable Zustand von Lern-, Lehr- und Forschungsflächen steht diesem Anspruch zunehmend im Weg. Weitere Verzögerungen in klimafreundlicher und nachhaltiger Sanierung und Bau gefährden Forschungsprojekte, Studiengänge und die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts. Daher ist klar: es braucht eine zeitnahe Lösung, die finanzielle Fragen in den Blick nimmt, ohne dabei an den Grundprinzipien der Wissenschaftsfreiheit zu rütteln.

Unser Ziel ist eine leistungsfähige und finanziell tragfähige Infrastrukturpolitik für die Berliner Hochschulen, die Forschung, Lehre und Innovation nachhaltig und klimafreundlich ermöglicht, dabei die Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie achtet und das Vertrauen der Wissenschaft in die Politik wieder stärkt.